

Mr. 834

Dienstag, 28. November.

1893

6. Sitzung vom 27. November, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die erste **Staatsberatung**.
Haus und Tribünen sind mächtig besetzt.
Am Bundesrathstisch: Graf von Caprivi, Schatzsekretär
von Bobadovsky, Finanzminister Miquel, Kriegsminister Br.
v. Schellenborn u. a.

Reichsschatzsekretär Graf v. Posadowsky giebt die übliche Staatsüberzicht. Bei der Vorlegung des Etats von 1893/94 wurde auf einen Fehlbetrag von 6 Millionen, und bei der späteren Vorlegung des Nachtragsetats in Folge der erhöhten Naturalienpreise auf 18 Millionen gerechnet. Der Fehlbetrag des vergangenen Jahres hat sich indeß thatsächlich nur auf 5½ Millionen belaufen. In Folge der Matrifularbeiträge aus dem Nachtragsetat würde sich jedoch ein Ueberschuß von 1 041 000 Mark ergeben. Bei den Ueberweisungen würde ein Mehrüberschuß gegenüber dem Etat von 6½ Millionen angenommen, es hat sich thatsächlich ein solcher von 7½ Millionen ergeben. Die Ueberweisungen überstiegen die Matrifularbeiträge um 240 Millionen. Die Zahlen des laufenden Etatsjahres bitte ich mit allem Vorbehalt entgegen zu nehmen; wir rechnen aus der eigenen Wirtschaft des Reiches auf einen Ueberschuß gegenüber dem Etat von 1½ Millionen, wovon der dritte Theil durch den Nachtragsetat für die ostafrikanischen Kolonien in Anspruch genommen wird. In den Einnahmen würde sich ein Mehr ergeben bei der Zucksteuer von 3½ Millionen bei der Salzsteuer von 1½ Millionen, bei der Brausteuer von 1 Million, bei der Wechselstempelsteuer von 100 000 M., bei der Post- und Telegraphenverwaltung von 2½ Millionen, bei der Reichseisenbahnverwaltung von 3 Millionen und bei verschiedenen anderen Verwaltungen von 1½ Millionen. Dem steht eine Mindereinnahme von 1½ Million aus der Maltschottischeuer entgegen. Einen Mehrbedarf würde die Verwaltung des Reichsheeres im Betrage von 5 Millionen für gestiegene Naturalienpreise haben, von 1 Million für die Remontebepots, von 1½ Million für Dienstleistungen u. s. w., im ganzen einen Mehrbedarf von 10½ Millionen. Die Marineverwaltung würde einen Mehrbedarf von ½ Millionen haben, das Reichsamt des Innern von ½ Millionen, während bei der Reichsschuld eine Minderausgabe von 1½ Millionen stattfindet. Bilanzirt man die einzelnen Summen, so ergibt sich der Betrag von 1½ Millionen. Die Einnahmen aus Zöllen haben in den ersten vier Monaten einen erheblichen Rückgang erfahren. Bei der Tabaksteuer ergiebt sich ein Mehrertrag von 1½ Millionen. Die Branntweinverbrauchsabgabe wird in diesem Jahre den Etatsansatz voraussichtlich um 1½ Millionen überschreiten. Bei dem Effekten- und Umschlagstempel befürchten wir, selbst wenn im zweiten halben Jahre kein weiterer Rückgang eintreten sollte, doch einen Ausfall von 5½ Millionen. Es muß angenommen werden, daß die Ueberweisungen an die Einzelstaaten 4 Millionen weniger betragen als wie im Etat angenommen ist. Weder giebt jedoch eine Uebersicht über die bekannten Forderungen des neuen Etats von 1894/95 im einzelnen und führt fort: Sie werden finden, daß bei allen Etats mit Ausnahme der Reichseisenbahnen und der Postverwaltung das System der Dienstalterszulage durchgeführt ist. Bei der Reichspost ist es nicht durchgeführt worden, weil hier die Beamten wegen des großen Stellenwachses das Durchschnittsgehalt viel schneller erreichen als in den übrigen Verwaltungen. Was die Einnahmen betrifft, so stehen der Mehrforderung von 45 Millionen Mehreinnahmen gegenüber aus den Verbrauchsabgaben und Reichsstempelabgaben von 5½, bei der Post von 3½, aus sonstigen Einnahmen von 1½ Millionen Mark. Wir glauben aus fast allen Steuern, mit einer Ausnahme, auf Mehreinnahmen rechnen zu können. Aus den Zöllen erhoffen wir eine Mehreinnahme von 8½ Millionen. Selbstverständlich konnte bei der Veranschlagung der Zölle nur von den gegenwärtigen handelspolitischen Verhältnissen ausgegangen werden. Da unter den jetzigen Verhältnissen aus Rußland Getreide nicht eingeht, so mußten wir voraussetzen, daß ausländisches Getreide nur zu dem Postlag von 3,50 Mark zu uns gelangt. Bei der Reichsstempelabgabe ergiebt sich ein Minderertrag von 2½ Millionen, und zwar weil der Effektenstempel und die Umschlagsteuer schon seit längerer Zeit einen erheblichen Rückgang aufweisen. Im Ganzen wird, wenn man die Mehreinnahmen aus den Zöllen und der Tabaksteuer mit den Mindereinnahmen bilanzirt, auf einen Mehrbetrag von 6½ Millionen zu rechnen sein. Die Matrifularbeiträge werden die Ueberweisungen im kommenden Jahre erheblich übersteigen, obwohl im Etat die äußerste Sparsamkeit obgewaltet hat. Man hat uns vorgeworfen, daß wir befreit gewesen wären, die Finanzlage des Reiches möglichst ungünstig darzustellen, und daß wir die Einnahmen aus den Zöllen zu niedrig angenommen haben. Dieses Bestreben hat bei der Regierung nicht vorgewaltet, und es sind die Vorwürfe, daß die Regierung taktische Absichten bei der Darstellung der Finanzlage befolgt hätte, nicht motivirt worden. Die Einnahmen aus den Zöllen betragen bereits im ersten Semestrier dieses Jahres 32 Millionen Mark weniger als die Einnahmen im vorigen Jahre. Diese Thatfache muß doch zu äußerster Vorsicht ermahnen, und zwar sind die Einnahmen niedriger, obgleich die Frachteinnahmen der Eisenbahnen sich gehoben haben und auch die Post- und Telegraphenverwaltung eine Einnahmesteigerung aufweist. Auch die Einnahmen aus den Stempelsteuern nehmen einen fortgesetzten Rückgang und nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre mußten sie um 3½ Millionen niedriger veranschlagt werden. Es ist ferner montirt worden, daß die Höhe der einmaligen Ausgaben in diesem Etatsentwurf verhältnismäßig hoch ist im Vergleich zu denjenigen, welche durch Anleihe gedeckt werden sollen. Es ist allerdings wahr, daß das Verhältniß der einmaligen Ausgaben im Ordinarium und Extraordinarium gegenüber dem Vorjahre von 84 : 117½ auf 84 : 139 gestiegen ist. Aber es ist zu bedenken, daß wir eine Reichsschuld von zwei Milliarden haben, von denen noch kein Fennig getilgt ist. Dem steht gegenüber ein Vermögen in den Reichseisenbahnen von 400 Millionen, und allenfalls könnte man noch die Einnahmen aus der Postverwaltung

indem man dieselben kapitalisiert, zuzufügen. Bei dieser Sachlage werden Sie zugeben, daß das Bestreben, möglichst viel Einnahmen auf das Ordinarium zu übernehmen und das Extraordinarium zu entlasten, ein gerechtfertigtes ist. Nun hat man ausgeführt, daß nur 39% Millionen Matrifularbeiträge mehr gebraucht werden, von denen ja schon 24 Millionen durch den Nachtragsetat gedeckt seien, es blieben also 15 Millionen und rechne man den Mehrüberschuß des laufenden Jahres, der sechs Millionen betrage, ab, so bleiben nur neun Millionen Mehreinkünfte, und diese neun Millionen würden durch Abstriche im Etat mit Leichtigkeit weggeschafft werden können. Zunächst ist es zweifelhaft, ob in dem vorliegenden Etat, welcher schon mit größter Sparsamkeit aufgestellt ist, eine Möglichkeit des Abstriches von 9 Millionen Mark vorhanden ist. Thatsache ist doch, daß unter diesen 39% Millionen nicht gedeckt sind die 21800 000 Mark, die im laufenden Jahre durch einen Nachtragsetat gefordert wurden, und ferner die 2 Millionen, die als laufende Rate für die Heeresverfärkung eingestellt sind. Es ist ferner darauf hingewiesen worden, daß die Reichsfinanzverwaltung Einnahmen aus neuen Steuern verlangt, für welche ein Bedürfnis noch keineswegs vorhanden sei. Man hat sich auf eine Tabelle berufen, die in der Militärkommission vorgelegt wurde und wonach bis 1898/99 gegenüber dem Etatsjahre 1893/94 auf eine Steigerung der Einnahmen von 114 Millionen zu rechnen ist. Man meinte, daß ein Theil der Kosten der Heeresverfärkung daraus gedeckt werden könne. Wenn die Reichsfinanzverwaltung mit solcher Sicherheit auf eine Mehreinnahme von 114 Millionen rechnet, so würde sie sich nicht entschlossen haben, zuzufügen unter dem konzentrischen Feuer von drei Interessentengruppen drei neue Steuervorlagen einzubringen. Man würde versucht haben, sich zu behelfen, aber schon nach Lage des gegenwärtigen Etats stehen wir vor einem Fehlbetrage von 53% Millionen, wozu noch 10 Millionen kommen, die rückständig sind für das nächste Jahr für die Kosten der Heeresvorlage. Im Ganzen haben wir also einen Fehlbetrag von 63 Millionen. Sodann verfügen wir doch, selbst wenn jene Einnahmesteigerung käme, bis jetzt noch nicht darüber; sie würde sich doch erst allmählich vollziehen können. Als zur Deduktion der Kosten für die neue Heeresvorlage eine Bier-, Brantwein- und Stempelsteuervorlage eingebracht wurde, die 58 Millionen Mark ergeben sollte, wurde allerdings vom Reichsschatzamt eine Berechnung aufgestellt, daß danach die Einnahmen einschließlich derjenigen aus den Ueberweisungssteuern bis 1898/99 114 Millionen M. mehr betragen würden. Es ist indes in der Militärkommission vom Reichsschatzsekretär ausdrücklich ausgeführt worden, daß nur auf einen Mehrbetrag von 70 Millionen mit Sicherheit zu rechnen sei. Nun ist für verschiedene Zwecke, die auf Beschlüssen des Reichstages beruhen, eine Mehrausgabe von 39 Millionen erforderlich, und wenn man die Kosten mit den Ansätzen des vorliegenden Etats vergleicht, zeigt sich, daß diese Mehrausgaben bis 98/99 mindestens 41 Millionen betragen werden. Diese Mehrausgaben entstehen durch erhöhte Ausgaben für die Marine, für den Pensionsfonds, für den Reichszuschuß zur Invaliden- und Altersversicherung. Wenn man also auf 70 Millionen Ertrag rechnet, so gehen mit Sicherheit 41 Millionen ab, und es bleiben nur noch 29 Millionen übrig, es stehen also für das nächste Jahr etwa 5 Millionen für Ausgabesteigerung zur Verfügung. Das ist doch ein sehr bescheidener Betrag angesichts der Gewißheit, daß die Naturalienpreise steigen und die Beamtenbesoldungen verbessert werden müssen. Nehmen wir aber selbst an, es würde eine Einnahmesteigerung bis 114 Millionen bis 1898/99 eintreten, so würde man doch nicht einwenden können, daß wir neue Steuern bewilligt haben wollen, denen keine neuen Ausgaben gegenüberstehen. Wir brauchen 53% Millionen laufende Mehrausgaben, ferner die für die Heeresverfärkung rückständigen 10 Millionen Mark mehr, ferner für die anderen schon erwähnten Ausgaben mindestens 41 Millionen. Rechnet man davon 3% Millionen Mark ab, die schon im laufenden Etat eingestellt sind, so macht das 42 Millionen bis 1898/99. Es würden also von den 114 Millionen nur noch 22 Millionen verfügbar sein. Was nun die Ueberweisungen betrifft, so ist doch wohl kein Zweifel, daß die Absicht der clausula Frandenstein nicht nur gewesen ist, daß die Matrifularbeiträge gedeckt werden, sondern, daß die Einzelstaaten, denen durch das Reich das Gebiet der indirekten Steuern verschlossen war, ihrerseits Ueberlässe über die Matrifularbeiträge erhielten. Die Einzelstaaten haben später ihre eigenen Steuern nicht aufgegeben, sondern wurden sogar gezwungen, neue Steuerquellen zu schaffen. Wenn man den Fehlbetrag durch Matrifularbeiträge allein decken wollte, so würde man für die Einzelstaaten eine Periode fortgesetzter finanzieller Verlegenheiten schaffen. Diese Verlegenheiten zeigen sich schon jetzt in den Etats von Preußen und anderer Einzelstaaten. Sobald die Matrifularbeiträge dauernd die Summe der Ueberweisungen übersteigen, würde die vollständig wie eine Kopfsteuer wirken und gerade die ärmere Bevölkerung besonders belasten. (Widerspruch links.) Wir haben darum ernstlich Veranlassung, zu prüfen, ob man nicht das Reich durch Bewilligung neuer Einnahmequellen emanzipiren solle.

Abg. Friesen (Str.): Erfreulich ist, daß im Etat die Einführung des Systems der Dienstadressen in Aussicht genommen ist, aber über die Gründe, weshalb die Dienstadressen bei der Post und Telegraphie nicht eingeführt sind, müssen wir in der Kommission nähere Aufklärung fordern. Hinsichtlich unserer Kolonialpolitik begrüße ich freudig das letzte Abkommen mit England. Bedauerlich ist, daß die katholischen Missionen in unseren Kolonien nicht mehr gefördert werden. Die Angriffe der „Kolonialzeitung“ auf unsere ablehnende Stellung zur Militärvorlage sind sehr geeignet, die Meinung unserer Partei zur Kolonialpolitik zu unterdrücken. Was den Militär-Etat betrifft, so wird die Forderung für Kasernenbauten noch eingehender geprüft werden müssen. Die Enthüllungen des Spielerprozesses in Hannover haben leider jeden Patriotismus auf's Tiefste betrüben müssen; man weiß wirklich nicht, was man mehr beklagen soll, den unbegreiflichen Leichtsinne, mit welchem die Offiziere von Wucherern Geld genommen haben, oder die haarsträubenden Bedingungen der Gekleibter. Am allermeisten aber hat mich berührt dieser unverschämte Verkehr der

Offiziere mit Bucerem, mit Hochstaplern und zweifelhafsten
Erkennungen, die man sonst in guter Gesellschaft nicht zu-
läßt. (Lebhafte Zustimmung.) Doch dürfen wir nicht außer
Acht lassen, daß die Offiziere nicht die einzigen Schuldigen sind,
daß vielleicht die größere Schuld diejenigen Leute trifft, in deren
Neze die Offiziere gegangen sind. Ferner müssen wir uns davor
hüten, diese Vorgänge dem ganzen Offizierkorps zur Last zu legen.
Nach meinen Erfahrungen kommen solche Fälle nur vereinzelt vor.
Die Regiments-Kommandeure haben die Mittel, solchen verwerf-
lichen Neigungen ihrer Offiziere entgegenzutreten. Sie thun das
auch mit großem Erfolge. Damit stimmt überein, daß die an jenen
Vorgängen theilhaftigen Offiziere meistens auf der Rettichsule sich
befanden und in Folge dessen dem Regimentsverbande entrückt
waren. Das Spiel vollzieht sich meistens im Anschluß an die
Wettrennen, die ohnehin einen großen Anreiz zum Spiel
bieten. (Sehr richtig!) Ich ersuche Zivil- und Militärbehörden
dringend, die Frage der Abschaffung des Totalisators
eifrig zu prüfen. Die Theilnahme an Wettrennen sollte den
Offizieren nur unter seltenen Umständen gestattet werden. Das würde
dazu beitragen, diese Sachen aus der Welt zu schaffen; dann
würden diese Enthaltungen wie ein reinigendes Gewitter wirken.
Mehr noch als der Militärstatut fällt die Höhe des Marine-
etats im Ordinarium und Extraordinarium an. Besonders wird
die Kommission die Forderungen für neue Schiffe prüfen müssen.
Ich gestehe, daß wir keine besondere Sympathie für den Erlass
„Preußen“ haben. Wir wollen nicht, daß unser Marineetat in
demselben Tempo wächst wie bisher. Es scheint vielsach gar sein-
fame Vorstellung darüber zu sein, welche Zwecke unsere Marine eigent-
lich hat. Den Offizieren und Mannschaften, welche in überseeischen
Ländern thätig gewesen sind, spreche ich vollste Anerkennung aus.
(Beifall.) So ist es durchaus nöthig gewesen, daß in Brasilien ein
deutsches Kriegsschiff unsere Interessen entschieden vertreten hat. Das
kommt auch unserm Export zu gute. Jedoch müssen wir dem Streben,
eine übermächtig starke Hochseeflotte zu schaffen, Widerstand entgegen-
setzen. Selbst England, das doch durch seine Kolonien groß ge-
worden ist, denkt nicht daran, eine Flotte zu halten, durch die es
sämmliche Kolonien gleichzeitig schützen kann. Unsere Reichs-
schuld ist bereits auf 2 Milliarden angewachsen. Das müßte
doch den Gedanken nahe legen, zu regelmäßiger Schuldentilgung
überzugehen. Ich persönlich bin der Ansicht, daß vielleicht nach
dem Muster anderer Staaten sogenannte verloszbare Staatspapiere
eingeführt werden könnten. Man hat vorgeschlagen, eine Reichs-
einkommensteuer einzuführen. In Preußen würden nach der
Steuerreform bis zu 4 Proz. des Einkommens erhoben. Wollen
wir die Höhe durch eine Reichseinkommensteuer erheben, müßten
wir die Sätze verdreifachen. Außerdem würde eine solche Steuer
auch den minder Begüterten treffen. Das allgemeine Wahlrecht
bildet das Korrelat zu den indirekten Steuern und der allgemeinen
Wahlpflicht. Wir werden uns nicht der Mitarbeit entziehen, die
Mittel für die nun einmal bewilligte Militärvorlage zu suchen; wir
können ja mit verchränkten Armen zusehen, wie diejenigen, die die
Militärvorlage bewilligt haben, sich Mühe geben, die Steuern aus-
sündig zu machen. Ein solches Verfahren halten wir jedoch für un-
flug und unpatriotisch. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Bebel** (S.-D.) Bezüglich unserer Kolonialpolitik bin ich anderer Meinung als mein Vorgesetzter. Ich halte sie für ein durchaus unglückliches Unternehmen. Wenn wir die Mittel, die wir nun schon seit 10 Jahren an unsere Kolonien wenden, zur Hebung unseres inneren Wohlstandes verwendet hätten, würden wir ganz andere Resultate sehen, als wir sie in Ostafrika haben. Die scheußlichen Mezeleien, über die uns berichtet worden ist, sind durchaus kein Beweis dafür, daß wir die Zivilisation und Menschlichkeit nach Ostafrika tragen. Es hat sich die entsetzliche That- sache herausgestellt, daß von den in der Feste Hoornkrans Nieder- gemerkelten der weitaus größte Theil aus wehrlosen Frauen be- stand. Es scheint, daß die Schwarzen ein Experimentirobject für unsere neuen Hinterlader bilden. Gegen einen Ausbruch in der Thronrede müssen wir Verwahrung einlegen. Es heißt dort, die mannigfachen Beweise der Sympathie, die dem Kaiser auf seinen Reisen erwiesen worden seien, zeigen, daß das deutsche Volk erfreut sei über die Annahme der Militärvorlage. Die Verfasser der Thronrede sind auf dem besten Wege, eine Art Mythen- bildung hervorzurufen. Die Statistik der letzten Reichstags- wahlen zeigt, daß 1097 000 Stimmen mehr gegen die Militär- vorlage als für dieselbe abgegeben worden sind, daß das im Reichs- tage nicht zum Ausdruck gekommen ist, ist ein Beweis für die Mangelhaftigkeit unseres Wahlgesetzes. (Ironische Zustimmung rechts.) Hätten wir das proportionale Wahlsystem, so hätte meine Partei 92 Sitze im Reichstage haben müssen. (Unruhe rechts.) Es fragt sich ferner, ob trotz der großen Kriegsrüstungen die Vertheidi- gungsfähigkeit des Landes so groß ist. Im Spielerprozeß in Hannover hat es sich ja schon gezeigt, daß von Offizieren, die ja an eine befondere Ehre Anspruch erheben, Handlungen began- gen werden, die nicht für ihren Charakter und ihre Ehre sprechen. Wenn solche Mißstände in umfangreichem Maße in der Armee vorhanden sind, dann muß man sich fragen, ob das Offiziercorps noch diejenigen Ansprüche erheben darf, die an eine so wichtige Körperschaft zu stellen man eigentlich berechtigt wäre. Wenn wir mit den erwähnten Erscheinungen noch eine Reihe von anderen in Verbindung bringen, dann ist die Frage gerechtfertigt, ob in unserem Offiziercorps in genügendem Maße noch diejenigen Eigenschaften sind, die es befähigen, Deutschland im Ernstfall zu vertheidigen. (Präsident v. Lebekow: Ich erlaube Sie, den Offizierstand nicht zu beleidigen, dem Offizierstande gehören tausende von unseren Mitbürgern an und viele von ihnen sitzen im Reichstag.) Es wäre traurig, wenn meine Ausführungen auf das ganze Offizier- corps poßten. Eine Erscheinung, die sehr beachtenswerth ist, ist auch die Luxussucht der Offiziere, die trotz aller Ver- ordnungen von oben her noch immer herrscht. Auch das Eigerl- thum im Offizierstande hat noch nicht abgenommen. (Unruhe rechts.) In einer Broschüre aus dem Jahre 1889, die einem hohen Militär zum Verfasser hatte, wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß die deutsche Militärliteratur der französischen sehr nahestehe. Auch diese Erscheinung ist doch recht bedenklich. Ein Theil der Presse meinte sogar, daß das waghalsige Spiel der Offizier

ein Beweis für ihre Tüchtigkeit im Kriege sei. Wenn das wahr wäre, wäre es sehr traurig. Zwar hat ein tüchtiger General v. Sinsingen auch gern gekämpft, aber von dem einen kann man doch nicht auf alle schließen. Die Erscheinungen bei den elässischen Manövern sind doch auch bedenklich. Sie wurden so ausgeführt, daß sie ein schönes buntes Bild für das Publikum abgaben, aber daß im Ernstfälle kein Pferd und kein Mann übrig geblieben wäre. Angesichts solcher Erscheinungen kann man zu der Leistung unserer Armee kaum noch im Kriegsfalle Vertrauen haben. Da ist die Schweiz mit ihrem Militärsystem doch viel eher in der Lage, im Kriegsfalle den Feind abzuwehren. Ähnlich wie mit dem Landheere steht es mit der Marine, wo wir ganz große Panzer bauten, Hunderte von Millionen dafür ausgaben, und nun hat sich, wie eine Kritik der „Kölnischen Zeitung“ besagt, herausgestellt, daß jene Fahrzeuge bei praktischen Übungen sich nicht bewähren, daß sie bei hohem Seegang unbrauchbar sind, daß dann nicht einmal die Geschütze Verwendung finden können. Kaum ist eine militärische Erfindung gemacht und ausgeführt, was viele Millionen kostet, so wird sie von einer anderen, besseren Erfindung abgelöst, und wir hören ja, daß die jetzigen Gewehre bald zum alten Eisen geworfen und neue Gewehre angeschafft werden sollen. Aber für alle diese Dinge braucht man Geld und sucht nach neuen Steuern. Man thut dies trotz des ungeheuren Notstandes, der in den unteren Bevölkerungsschichten herrscht. Tausende von Arbeitern sind brotlos, viele Bauarbeiter mußten sogar schon seit Mitte des Sommers ihre Arbeit einstellen und in Berlin bekommen, wie neulich festgestellt wurde, über 1000 Kinder kein warmes Essen zu Hause. Unsere Staatsweisen hätten weit mehr Grund, diesen Erscheinungen Aufmerksamkeit zu schenken als neuen Steuervorschlägen nachzugehen. Man kann sich nicht wundern, daß eine Unzufriedenheit in Deutschland herrscht, wie noch nie. Die Ausgaben sind in den verschiedenen Etats in 10 Jahren prozentual gestiegen beim Reichsheer um 40 Proz., die Bevölkerung ist nur um 18 Proz. gestiegen, bei der Marine um 59 Proz., beim allgemeinen Pensionsfonds um 134 Proz., wobei es interessant wäre zu erfahren, nach welchen Grundsätzen die noch im besten Mannesalter stehenden Offiziere pensioniert werden, beim Etat der Reichsschuld um 260 Proz. Auf diesem Gebiet marschieren wir an der Spitze der europäischen Kultur. (Heiterkeit links.) Angesichts dieser Zahlen ist es begreiflich, daß die Herren von der Regierung glauben, mit unsern Einnahmequellen nicht mehr auskommen zu können. Mit der steigenden Bevölkerung müssen auch die Reichseinnahmen zunehmen. Dinge es mit natürlichen Dingen zu, dann müßten die Ausgaben, selbst wenn sie sich erheblich vermehren, aus den jetzigen Einnahmequellen gedeckt werden können. Leider hat sich immer mehr der Grundlag herausgebildet, daß das Reich den Einzelstaaten geben müsse. Auf das Finanzgesetz gebe ich nicht näher ein, aber es ist charakteristisch, daß ein nationalliberaler Minister dem Reichstag noch das bischen Budgetrecht nehmen will. In Preußen sind die Einnahmen aus Eisenbahnen im letzten Jahre um weitere 24 Millionen gestiegen. Das hat der Eisenbahnminister durch die neuen Bahnsteigbills, die zahlreichen Arbeiterentlassungen u. s. w. erreicht. Die Vermögenslage des preussischen Staats ist also nicht so schlecht, daß das Reich ihm zu Hilfe kommen muß. Ich bestreite, daß wir überhaupt verpflichtet sind, dem preussischen Staat oder irgend einem andern Staat neue Einnahmequellen zu schaffen. Wir haben hier nur für das Reich zu sorgen. Man weiß darauf hin, daß die Staatskasse in Preußen durch Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer einen Ausfall erlitten hat. Der Ausfall ist durch die Vermögenssteuer mehr als gedeckt. Herr Miquel rechnet sehr sorgfältig, er stellt die Einnahmen stets niedriger als sie sind, so wird auch das Ergebnis der Vermögenssteuer bedeutend den Aufschlag übersteigen. Sowohl der Reichskanzler, als auch die Führer der maßgebenden Parteien haben bei der Beratung der Militärvorlage wiederholt festlich erklärt, die neuen Steuern sollten und dürften nur auf die Leistungsfähigen vertheilt werden. Wie stimmt die festliche Erklärung des Kanzlers mit den neuen Steuerprojekten überein? Während die anderen Stempelsteuern zurückgegangen sind, ist der Lotteriestempeltrag gestiegen. Der Staat nimmt die Steuern, woher er sie bekommt. Je schlechter die Erwerbsverhältnisse werden, desto größer wird die Lust zum Spiel, und diese Neigung fördert der christliche Staat! Die Quittungssteuer trifft besonders hart den kleinen Mann. Die arme Arbeiterin muß für ihr kleines Gehalt jährlich 1,20 Mark Quittungssteuer zahlen, das Gehalt des Reichskanzlers ist steuerfrei. Durch die Wein- und Tabaksteuer wird die west- und süddeutsche Landwirtschaft getroffen, und gerade jene Wein- und Tabakbauern haben genug zu thun, sich durchzuqualen. Die norddeutsche und ostdeutsche Landwirtschaft der große Grundbesitz geht frei aus. (Sehr richtig! links.) Dazu kommen die voratorischen Vorschriften der Gesetze. Die Regierung nimmt in Folge der Tabaksteuer selbst einen Konsumrückgang von 29 Prozent an, das bedeutet, daß 40–50 000 Arbeiter brotlos werden. Und das geschieht zu einer Zeit, wo schon jetzt so viel Arbeitslosigkeit herrscht. Ist das deutsche Sozialpolitik? Tausende werden dem Elende preisgegeben, auch zahlreiche Unternehmer werden existenzlos, und die kleinen Unternehmer werden sich gar nicht halten können. (Präsident v. Levetzow: Ich habe dem Redner genug Zeit gelassen, über die Steuern zu reden und bitte ihn jetzt, zum Etat zurückzukehren.) Es war doch alle Zeit gebräuchlich, Steuervorlagen, die mit dem Etat in Verbindung stehen, eingehend zu besprechen. (Präsident v. Levetzow: Ich rufe Sie nunmehr zur Sache.) Leider muß ich mich dieser Aufforderung fügen. (Präsident v. Levetzow: Wenn Sie glauben, daß Ihnen Unrecht geschieht, so betreten Sie den von der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Weg.) Neulich wurde von höchster Stelle aus die Versicherung gethan, man müsse Soldaten gegen den inneren Reichsfeind haben, der größte innere Reichsfeind sind aber diejenigen, die solche Steuervorlagen einbringen. Uns Proletariat kann es gleich sein, wer regiert, Ihnen (rechts) aber kann es nicht gleich sein, ob wir durch eine fremde Macht unterdrückt werden, denn dann würden Sie aus den Herrschenden die Beherrihten. Sie haben nicht allein die direkten Vortheile aus den Reichsteuern, sondern Sie sind auch an dem Bestande dieses Reiches auf das allerlebhafteste interessiert, weil Ihre ganze soziale Existenz damit zusammenhängt. Wenn dem aber so ist, dann sollen auch diejenigen zahlen, für die das Reich gegründet ist, denn Sie haben kein Recht, die Lasten auf die Schultern der Armen zu wälzen. Das ist eine Sache des Gerechtigkeitsgefühls und des einfachen Anstandes. Ich würde mich schämen als vermögenden Mann eine Steuer in Vorschlag zu bringen, bei der ich mir sagte, daß mein armer Mitbruder dadurch gedrückt, ich aber entlastet würde. Das würde ich selbst bei meinen atheistischen Grundsätzen nicht thun, und Sie als Christen wollen es thun. Selbst wenn statt des Grafen Caprivi einer von uns Reichskanzler würde (Heiterkeit), müßten bestimmte Einnahmepositionen erhalten bleiben. — Redner plädiert für Einführung einer Reichseinkommensteuer. Unter Bezugnahme der sächsischen Steuerstatistik rechnet er für das Reich einen Durchschnittsertrag von 137 000 000 M. heraus, wenn man bei einem Einkommen von 3300 M. anfangs und die Steuern von 1/4–4 Proz. abgezinst erhebe und Einkommen über eine Million mit 10 Proz. besteuere. Im Ganzen habe er eine Zahl von 659 392 Einkommensteuerpflichtigen angenommen. Diesen Ertrag könnte man durch Vermögens- und Erbschaftsteuer erheblich steigern. Das Reich ist also im Stande, die unteren Bevölkerungsschichten erheblich zu entlasten. — Auf dem Kölner Parteitage führte ich aus, daß der Mann, der die Steuervorlagen gemacht hat, aus einem ehemaligen Kom-

munisten und Atheisten, einem Anhänger der Herrschaft des Proletariats zu einem Freunde der Avarie geworden ist. Als ich die neuen Steuervorlagen sah, dachte ich mir, am Ende hast du Herrn Miquel Unrecht gethan. (Heiterkeit) und er ist heute noch ein heimlicher Sozialdemokrat, der seine Machtstellung dazu benutzte, um die elende bürgerliche Gesellschaft, soweit das durch die neuen Steuervorlagen möglich ist, zu Grunde zu richten. (Große Heiterkeit.) Die von mir vorgeschlagenen Steuern aber würden die bürgerliche Gesellschaft nicht vernichten, sondern konserviren. Wenn aber ein Minister mit der Aufgabe zu Werke geht, sein ganzes Können anzuwenden, die bürgerliche Gesellschaft durcheinander zu rütteln und zu schütteln, alle Lebensverhältnisse nach zu rufen und Unzufriedenheit hervorzuufen, wie es zwanzig sozialdemokratische Agitatoren nicht vermögen, dann ist er ein Revolutionär, wie er im Buche steht. Glaubt der Reichskanzler, daß die eingebrachten Vorlagen dem Zwecke entsprechen, den er einst für jede Vorlage der Regierung im Ausficht stellte, nämlich der Agitation der Sozialdemokraten den Boden zu entziehen? Der Regierung wird vor ihren eigenen Vorlagen bange werden. Die solche Vorlagen machen, haben die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, den Arbeitern, die sie brotlos machen, Arbeit zu schaffen. Nicht wir sind die inneren Reichsfeinde, sondern diejenigen, welche von Staats- und Rechtswegen über das heutige Staatsgebäude und ihre Aufrechterhaltung zu wachen haben. Selbst Leute, die verschiedene Feinde meiner Partei sind, große Cigarrenfabrikanten, haben sich mit Entrüstung gegen die neuen Steuerpläne ausgesprochen. Sie, m. H., werden seiner Zeit über diese Vorlagen zu berathen haben. Wenn Sie es ehrsich mit den Arbeitern meinen, richten Sie ihr Votum danach ein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Kriegsminister **Bronsart v. Schellendorf**: Auf die Verwendung der Kavallerie-Divisionen im Frieden, von strategischen Plänen der modernen Kriegsführung, von dem Mangel an schriftstellerischer Produktion der Offiziere, vom Egoismus in der Armee, von der nicht befolgten Ordre seiner Majestät bezüglich des Luxus, worüber Herr Bebel sprach, werde ich bei den Spezial-etats Gelegenheit zu weiteren Ausführungen erhalten. Ich darf es jedoch heute nicht versäumen, auf einen Theil der Rede des Abg. Bebel zu antworten, bei dem er sich mit dem hannoverschen Prozeß befaßte. Der Abgeordnete Bebel hat Angriffe gegen das Offizierkorps der Armee gerichtet, die ich als ungerecht und völlig unbegründet hier zurückerweise. (Beifall rechts.) Ich denke nicht im entferntesten daran, irgend etwas, was im hannoverschen Prozeß in die Öffentlichkeit gekommen ist, hier beschönigen oder entschuldigen zu wollen, im Gegentheil, wenn von 22 500 Offizieren der Armee 40 oder 45 Ausschreitungen begangen haben, (Gelächter bei den Sozialdemokraten) — meine Herren! ich würde es schon auf das äußerste verurtheilt haben, wenn auch nur ein einziger Offizier in den Prozeß verwickelt gewesen wäre. Daß Sie jedoch aus den Ausschreitungen einzelner gleich Rückschlüsse auf das ganze Offizierkorps thun, dagegen muß ich Verwahrung einlegen. (Beifall rechts.) Ich finde es geradezu unerhört, daß man nachgerade damit anfängt, die Betrüger bei Seite zu lassen (heftig gelächelt) und die Betrogenen, die Leichtsinnigen, die höchst unverständlich gehandelt haben, auf die Anklagebank zu bringen, bloß weil sie Offiziere sind. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die gehörenden auf die Anklagebank, die diesen Prozeß agitatorisch ausbeuten, (Widerspruch links) und das Offizierkorps in den Augen des Volkes herabzusetzen suchen. Wie will der Abgeordnete es verantworten, wenn er sagt, es können Zweifel darüber entstehen, ob die Offiziere ihren Aufgaben gewachsen sind? Wir sind unseren Aufgaben gewachsen, wie früher so auch heute, und Sie alle, meine Herren Abgeordneten, werden es nicht erleben, daß es anders wird. (Beifall rechts.) Daß zahlreiche Menschen Hazard spielen, Schulden machen, ihr Geld verlieren und sich gelegentlich betrügen lassen, ist keine Erfahrung der Neuzeit und auch nicht bloß in Offizierskreisen maßgebend; das ist zu allen Zeiten vorgekommen. Ich habe vergebens nach brauchbaren Vorschlägen gesucht, wie Verschönerung und Unterhand und andere Gelegenheiten zum Schuldenmachen aus der Welt geschafft werden sollen. Das hat weder der Abg. Bebel gethan, noch sein Vorredner, dem ich übrigens für die ruhige Art sehr dankbar bin, in der er gesprochen hat. Es giebt ja eine Menge Gesetze, z. B. das Wuchergesetz, die dagegen wirken sollen, aber die meisten werden umgangen. Wir brauchen auch kein Mittel dagegen. Die gesamten Offizierkorps verurtheilen vom ersten bis zum letzten das Hazardspiel bei der Armee. Es ist auch nicht ein einziges, in dem es irgendeine begünstigt oder loz beurtheilt würde. Wir besitzen auch die Mittel der Selbstsucht, um die Ausschreitungen der einzelnen zu bekämpfen. Wir haben den Schutz der Kommando-behöde und in letzter Instanz den des allerhöchsten Kriegsherrn, der einschreitet, wenn es erforderlich ist. Die Armee bedarf Ihrer Vorschläge und Ihrer Aufmunterung nicht. Die Armee wird auch intakt bleiben gegenüber den unersreulichen Vorgängen in Hannover. Wenn es sich herausstellt, daß 20 junge leichtsinnige Männer (Zwischenruf: Auch ein Generalleutnant!) sich vergangen haben, so werden wir allein schon die Mittel finden, um Remedur zu schaffen. (Beifall rechts.)

Preussischer Finanzminister **Dr. Miquel**: Herr Bebel hat einen Brief zur Sprache gebracht, von dem ich nicht weiß, ob ich ihn wirklich geschrieben habe, ich will es aber gar nicht bestreiten, obwohl es mich wundern, daß ich selbst als unreifer junger Mensch so ungereimtes Zeug habe schreiben können. Das Jahr 1848 war uns allen damals noch in Erinnerung. Wir jungen Leute glaubten, es würde eine neue Katastrophe unbedingt heretnbrechen. Wir waren sehr betriibt über den nach unserer Meinung höchst besagenswerthen Ausgang der deutschen Einigungsbestrebungen. Wir waren in der Stimmung, jeder radikalen Idee ein offenes Ohr zu leihen, in einem Alter, wo ein einziges Buch, eine einzige Schilderung, eine gewandte dialektische Darstellung alles aus Rand und Band bringen und sofort den Verfasser für den Inhaber der allgemeinen Weisheit hält. Durch das Studium sozialistischer Schriften kamen wir zu der Weltanschauung, daß durch die moderne Entwicklung schließlich ein Zustand entstehen würde, wo nur sehr wenig reiche Leute übrig bleiben und alle anderen verarmt und dem Elend preisgegeben werden, wo der allgemeine „Rabderabatsch“ kommen würde, von dem Herr Bebel immer spricht. Diese Anschauung war mir selbst damals innerlich peinlich. Ich konnte mir selbst die Gesellschaft, die dann entstehen sollte, nicht vorstellen. Das veranlaßte mich, ein gründliches Studium zu beginnen und hunderte von Büchern philosophischen und national-ökonomischen Inhalts zu lesen. Zum ersten Mal erkannte ich daraus, daß die Behauptung, die Lage der arbeitenden Klassen müsse notwendigerweise schlechter werden, falsch sei. Ich begriff aus der Geschichte, daß umgekehrt bei wachsender Kultur, bei wachsendem Wohlstande die Besteuernte herabgedrückt wird und der Werth der Arbeit steigt. Dann begriff ich sehr bald, daß innerhalb der bürgerlichen Entwicklung ein Mittelstand, der Kapital und Arbeit in sich selbst vereint, geradezu eine Nothwendigkeit ist, die nicht verschwinden kann, so lange die bürgerliche Produktion besteht, der Kleinbesitz, der den größten Theil des Tagelohns in eigener Arbeit verdient, in allen Zeiten konkurrenzfähig bleibt gegenüber allen mit Maschinenkräften ausgerüsteten großen Gütern. Was man für die industrielle Entwicklung in gewissem Maße anerkennen kann, besteht also für die Landwirtschaft

nicht. Die Arbeit ist nicht allein die Quelle aller Güter. Die Eigentumsform hat sich geändert, aber das Eigentum ist geblieben. Nicht nach Gemeinschaft geht das Verlangen, sondern nach Besitz. Das Eigentum ist aus der ewigen notwendigen Ungleichheit entstanden. Sowie mir meine amtliche Thätigkeit Mühe giebt, will ich ein Buch publiziren. In dem die Kritik der sozialistischen Theorie enthalten ist, in der Darstellung meiner eigenen inneren Lebensentwicklung. Ein Mann, der seit 40 Jahren mit dem größten inneren Ernste und fastlich ununterbrochen die soziale Entwicklung beobachtet hat, wird wohl im Stande sein, diese dunkle Frage der Zukunft einigermaßen zu erhellen. Ich bin durch meinen Entwicklungsgang bewahrt worden vor dem Glauben an der Unveränderlichkeit auch der bürgerlichen national-ökonomischen Lehren, denn diese Theorien sind nur die Konsequenzen aus den jeweiligen Zuständen der industriellen und ökonomischen Entwicklung. In Folge dessen halte ich mich für befähigt mitzuwirken an der Gestaltung der sozialen Verhältnisse, in Folge dessen ist der Anteil, den ich der Gesamtheit und dem Staate zuschreibe in Bezug auf ihre Einwirkung auf die sozialen Verhältnisse sehr groß, und in Folge dessen ist auch die Unbefangenheit der Beurtheilung bei mir groß gewesen, weil sie eine realistische und historische war. Herr Bebel kann mich nur haben benutzten wollen; denn mir, dem erfahrenen Mann, den jungen, ich möchte sagen, grünen Menschen entgegen zu stellen, kann keinen anderen Zweck haben. Auf die anderen Behauptungen und übertriebenen Schilderungen will ich zur Zeit nicht eingehen. Eins war auffällig, daß ein Mann, der erst Mitglied des Nationalvereins war, dann aber zum Kommunismus überging, nunmehr hier behauptet, ein konservatives Steuerprogramm dem hohen Reichstag empfehlen zu können. (Beifall rechts.)

Schatzsekretär **Graf Posadowsky** erklärt, auf die Angriffe des Abgeordneten Bebel bei der Beratung der Steuergesetze antworten zu wollen.

Staatssekretär im Reichsmarineamt **Sollmann**: Der Abg. Bebel hat auf Grund eines Zeitungsartikels Angriffe gegen die Marine und das Flottenmaterial gerichtet, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen, um so weniger, als ich ganz sicher bin, daß er darauf hin Angriffe gegen die Forderung der neuen Schiffe schmeiden wird. Er hat sich auf ein angebliches fachmännisches Urtheil in der „Köln. Ztg.“ berufen. Die „Köln. Ztg.“ ist für mich in diesen Angelegenheiten nicht fachmännisch. Ob Abg. Bebel dem Verfasser kennt, weiß ich nicht. Ich kenne ihn sonst nicht, weiß aber, daß er kein Fachmann ist. Ich halte ihn für einen Menschen, der zum ersten Male an Bord gekommen ist, seetran geworden ist und sich mit dem Leben und mit dem Schiff erziert hat. Die Vergangenheit der Schiffe „Deutschland“ und „König Wilhelm“ macht das dort über sie gefällte Urtheil zu nichts. Diese beiden edlen Schiffe haben ein Leben von jetzt nahezu 30 Jahren hinter sich. Sie können mit Recht von sich sagen: Schier dreißig Jahre sind wir alt, haben manchen Sturm erlebt (Gelächter bei den Sozialdemokraten), sie haben ihn im Ehren erlebt. Ich bedaure, daß das Flottenmaterial vor dem Reichstag und dem Land herabgesetzt wird, auf einen nutzlosen schiefen Artikel hin. Gegen die Elemente kämpfen alle Schiffe nutzlos. Auch Panzerschiffe müssen ihre seitlichen Pforten bei hohem Seegang schließen. Der Reichstag und Deutschland kann beruhigt sein. Wir haben in diesen Schiffen sehr tüchtige Kriegsschiffe. Ich möchte den Spieß umkehren. Wenn der Abg. Bebel glaubt, daß diese Schiffe die „alten Kisten“ des Abg. Zebien sind, dann gebe ich ihm anheim, an Stelle dieser alten Schiffe neue zu bauen. (Redner schlägt erregt mit der Faust auf den Tisch. Großes Gelächter.)

Ein Beratungsantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt Abg. **Bebel**: Ich verwahre mich auf das Entschiedenste gegen die Unterstellung, als ob ich, weil ich nur Offiziere im hannoverschen Wucherprozeß betheiligt haben, eine Art Entschuldigung für die Verführer jener Herren hätte. Ich habe den Finanzminister nicht denunziren wollen. Wenn davon überhaupt die Rede sein kann, dann hat der Finanzminister mich denunziert. Ich bin niemals Mitglied des Nationalvereins gewesen, aber ich habe Sympathien mit ihm gehabt. Er hat mir 200 Thaler zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideen gegeben, ein Theil dieses Geldes ist dann allerdings zur Bekämpfung der national-liberalen Ideen verwandt worden, weil ich inzwischen Sozialdemokrat geworden war. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Graf Hompesch** (Centrum, zur Geschäftsordnung) fragt an, ob und wann in dieser Woche Initiativanträge berathen werden würden.

Präsident **v. Rebeckow** erwidert, er müsse zunächst den Schluß der Staatsberatung abwarten. Die Staatsberatung wird am Dienstag, 1 Uhr, fortgesetzt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutschland.

□ **Berlin**, 27. Nov. [Aus dem Reichstage.] Graf **Posadowsky**, der neue Schatzsekretär, hatte keine besonderen Erwartungen zu enttäuschen, als er heute die Etatsdebatte im Reichstage einleitete. Niemand war darauf vorbereitet, einen neuen Staatsmann kennen zu lernen, und so fügte sich denn auch der Reichstag in die Wahrnehmung, daß er es nur mit einer wenig veränderten Auflage des früheren Schatzsekretärs, des Herrn v. Malzahn, zu thun habe. Graf **Posadowsky** erschien einigermaßen befangen. Vor allem aber: er ist der Unterordnete seiner Stellung, was ihn auch dann herabdrücken müßte, wenn er staatsmännisch von höherem Wuchse wäre. Man kann als Untergebener des Reichskanzlers unmöglich so auftreten, wie wenn man gleichgestellter Staatsminister wäre. Unter dieser harten Thatsache haben bisher alle Staatssekretäre gelitten. Graf **Posadowsky** erläuterte den Etat, ohne, einen thörichten Zurs der Sozialdemokraten abgerechnet, auch nur ein einziges Mal unterbrochen zu werden, und am Schluß fühlten sich nicht einmal die Konservativen veranlaßt, den üblichen matten Beifall zu spenden. Nein, dieser Schatzsekretär wird Herrn **Miquel** nicht gefährlich werden. Der preussische Finanzminister hätte die Aufgabe, aus pessimistischen Gruppierungen der Ziffern die Nothwendigkeit der neuen Reichssteuern herzuleiten, denn doch anders gelöst. Indessen schließlich liegt nicht viel daran, ob eine solche finanzpolitische Darstellung mit mehr oder weniger „equilibristisch“ Geschicklichkeit gegeben wird. Höchstens nach außen hin kann man mit gewandten Verschleierungen oder übermäßiger Deutlichkeit wirken, während der Reichstag sich nichts vormachen läßt. Sollte es keine anderen Gründe für die Bewilligung von 98 Millionen neuer Steuern geben, so werden diese Forderungen als uneinbringlich zu streichen sein, wenn sie allein mit den Gründen des Grafen **Posadowsky** aufmarschiren. Der Centrumredner

Herr F r i e n, sprach so, daß der Eindruck, das Centrum wolle keine Verschärfung der Gegensätze zur Regierung, nur befestigt werden konnte. Der Abg. F r i e n hat auch dort, wo er scharf sein mußte, zu mildern gesucht, und seine Schlusswendung, das Centrum halte es für geradezu unpatriotisch, bei den Steuervorlagen beiseite zu stehen, erinnerte stark an die Rede des Herrn Lieber, der ebenfalls ankündigte, daß seine Partei mithun wolle und eine befriedigende Lösung des Steuerproblems anstrebe. Der Reichskanzler weiß also jetzt, was es ihm eintragen könnte, wenn er in den bevorstehenden Beratungen des Jesuitenanstrebes entgegenkommen zeigte. Ein Vorschlag des Herrn F r i e n in Sachen der Reichsschuldentilgung ist neu und sollte näher betrachtet werden. Der Redner hält es für möglich und rathsam, die Schuldentilgung auf dem Wege einer regelmäßig auszuloosenden tilgbaren Anleihe vorzunehmen. Nach dem Abgeordneten F r i e n kam Herr Bebel, und was das bedeuten will, braucht man kaum erst zu sagen. Zwar ganze drei Stunden, wie der sozialdemokratische Führer vorher hatte im Foyer ankündigen lassen, hat er zum Glück nicht gesprochen; es hätte auch keine ausgehalten. Aber etwas über zwei Stunden donnerte dieser Kataklysm der Rede denn doch über das erschöpfte Haus hernieder, und so ziemlich Alles, über was gesprochen werden kann, fand in diesem Monstrum schablonenmäßiger Rhetorik seine Stelle. Neu an Herrn Bebel war seine ungewöhnliche Kenntniss militärischer Dinge, die er mit einem Gemisch von Selbstgefälligkeit und Bescheidenheit entwickelte. Man sieht, auch Einer, der Alles kann und weiß, vermag noch zuzulernen. Manches freilich an diesem Passus der Bebel'schen Rede braucht durchaus nicht komisch genommen zu werden; ist vielmehr bitterer Ernst. Schon Herr F r i e n hatte aus dem Hannover'schen Prozeß Lehren gezogen, wie sie eben jeder verständige Mann ziehen muß, und Herr Bebel schlug in dieselbe Kerbe, mit dem Unterschiede allerdings, daß er das von ihm geschwungene Beil nicht erst in Watte einpackte. Ob er mit seiner Kritik zu weit gegangen war oder nicht, jedenfalls brauchte er die Antwort des Kriegsministers v. Bronsart nicht gerade als unerbittliche vernichtende Widerlegung aufzufassen. Herr v. Bronsart ist ein Ruf vorhergegangen, auch durch beifällige Beurtheilung seiner Wahl von Friedrichsruh aus, daß man sich eines stärkerenindrucks hätte versehen dürfen. Eine schlanke, sympathische Erscheinung, nicht unähnlich seinem verstorbenen Bruder, hat der neue Kriegsminister auch in seiner Rede etwas von diesem Bruder, zumal im westpreussischen Dialekt. Aber wenn sich nicht noch bessere Gelegenheiten bieten, die Gültigkeit der Parallele zu erweisen, so hört hier einstweilen die Ähnlichkeit auf. Der frühere Herr v. Bronsart hätte für die Beurtheilung des Ständes von Hannover wohl wirksamere Formen als der jegige gefunden. Er würde u. a. den Widerspruch in der heutigen Rede nicht unbeglichen gelassen haben, daß sämtliche Offizierkorps vom ersten bis zum letzten Mann das Hazardspiel und das leichtsinnige Schuldenmachen verurtheilen und daß gleichwohl, wie es der Kriegsminister ja nicht bestreiten kann, Hazardspielen und Schuldenmachen leider so häufig sind. Was nützt also das einmüthige Verurtheilen durch sämtliche Offizierkorps, wenn es solche Früchte trägt? Der Ton nun gar, in welchem Herr v. Bronsart erklärte, daß die Armee die von außen her kommenden Vorschläge zur Abhilfe des Uebels nicht brauche, daß sie sie ablehne, daß sie allein mit diesen Schäden werde fertig werden, stand erst recht in einem unlöslichen Gegensatz zu dem Bekenntnis, daß sich bisher kein Mittel gezeigt habe, wie zu helfen sei. Links von den Konservativen blieb bei der Bronsart'schen Jungferrede Alles still, kühl bis ans Herz hinan. Da war denn die Antwort des Herrn Miquel auf Bebel's Hereinziehen des bekannten Miquel'schen Briefes an Karl Marx von ganz anderem Kaliber. Diese Miquel'sche Rede ist ein so ungewöhnliches Bekenntnis persönlicher Natur, daß sie die Deffinitivität mit Zug und Recht noch häufig beschäftigen wird. Und wieder einmal hat sich gezeigt, daß Herr Miquel in sich eine Summe von unvergleichlicher Geschicklichkeit, Gedankenreichtum und Fähigkeit der Reproduktion enthält, mit der man gleich ein ganzes Ministerkollegium ausstatten könnte. Wie gern würde man mit einem solchen Manne gehen, wenn er es Einem nicht so oft unmöglich machte.

Ein Attentat auf den Reichskanzler Grafen Caprivi.

Wie uns gestern zu später Abendstunde noch telegraphisch aus Berlin gemeldet wurde, ist auf den Reichskanzler Grafen Caprivi ein dynamit-Attentat versucht worden, das glücklicherweise noch rechtzeitig entdeckt und vereitelt worden ist. Eine Depesche des Wolff'schen Büreaus berichtet über den Vorfall wie folgt:

Berlin, 27. Nov. Eine am Sonntag den 26. d. M. unter der Adresse des Reichskanzlers Graf von Caprivi aus Orleans in Gestalt eines Holzstückchens eingegangene Schellenmaschin wurde von dem Adjutanten desselben Major Schmeyer durch einen glücklichen Zufall als solche erkannt und unschädlich gemacht.

Ferner meldet uns unser Berliner Δ-Korrespondent in einer gestern Nacht hier eingetroffenen Depesche:

Der Reichskanzler erhielt am Sonntag Nachmittag 6 Uhr aus Orleans einen Karton nebst einem Briefe; letzterer rühmte den angeblich im Karton liegenden Radie'schen Namen, der für den Reichskanzler als bekannten Gartenfreund bestimmt sei. Der Adjutant Major Schmeyer wollte den Karton mit einem Federmesser sprengen, hierbei entfielen dem Karton verdächtige Körner. Sofort wurde nun die Polizei benachrichtigt und eine chemische Untersuchung vorgenommen, die das Vorhandensein

einer mit Summizügen und Hebelwerk verbundenen Nitroglycerin-Patrone ergab. Die Untersuchung ist eingeleitet worden.

Notales.

Posen, 28. November.

H. K. Am 1. Januar 1894 treten im Binnen- und Wechselverkehr der preussischen Staatsbahnen für Berlin, Central-Markthalle, um je 7 Kilometer erhöhte Entfernungen in Kraft.

* **Philharmonischer Verein.** Wir wollen nicht verfehlen, an dieser Stelle auf das Konzert des philharmonischen Vereins, welches am nächsten Freitag, den 1. Dezember cr., Abends 7 1/2 Uhr in Lamberts Saal stattfindet, hinzuweisen. Das Konzert wird im Gegensatz zu den früheren Konzerten nicht von hiesigen Kräften, die dieses Mal leider nicht zu gewinnen waren, sondern von der Breslauer Konzertkapelle unter der bewährten Leitung des Herrn Professors Hennig ausgeführt werden. Es genügt wohl darauf hinzuweisen, daß sich die Sinfonie-Konzerte genannter Kapelle in Breslau und ganz Schlessen größter Beliebtheit erfreuen, um auch hier einen genussreichen Konzertabend in Aussicht gestellt zu sehen. Herr Professor Hennig hat sich heute zur Veranstaltung der letzten Proben nach Breslau begeben.

g. **Die pharmazeutische Staatsprüfung** bestanden u. A. am 16. d. Mts. in Breslau Borho Fint aus Posen; am 17. d. Mts. die Herren Wilhelm Landsberg aus Wojanowo und Felix Wittig aus Lissa, Prov. Posen; am 24. d. Mts. Hugo Lewinsohn aus Bromberg; am 25. d. Mts. Eduard Szczodrowski aus Grabow, Prov. Posen. Mit dieser letzten Prüfung ist der diesjährige Herbstkurs der pharmazeutischen Prüfungen in Breslau abgeschlossen.

p. **Von der Warthe.** Am Sonnabend Abend traf hier der Dampfer „Kaiser Wilhelm II.“ mit sieben Rädhnen im Schlepptau aus Stettin hier ein. Der Dampfer ging gestern morgen wieder stromabwärts und nahm die beiden Rädhne, welche beim Kernwerk Pulver geladen hatten, mit.

× **Poststatistik.** Der soeben erschienenen „Statistik der deutschen Reichspost- und Telegraphenverwaltung für das Kalenderjahr 1892“ entnehmen wir für Posen folgende Angabe: Einwohnerzahl (nach der Zählung vom 1. Dezember 1890): 69 627. Einnahme an Porto und Telegraphengebühren: 790 566 M. (748 449). Eingegangene Briefe, Postkarten etc.: 6 477 700, (5 997 100), Pakete mit Werthangabe: 12 663 Stück (13 545). Abgegangene Briefe, Postkarten etc.: 8 424 700 Stück (7 922 200), Pakete ohne Werthangabe: 442 577 Stück (423 603), Briefe mit Werthangabe 46 574 Stück (43 755), Pakete mit Werthangabe: 8676 Stück (8203). Eingegangene Postnachnahmesendungen: 32 121 Stück (29 785), Postauftragsbriefe: 23 026 Stück (22 992). Auf Postanweisungen sind eingezahlt: 16 523 829 M. (15 942 646), ausgezahlt: 23 852 627 M. (22 987 668). Abgelegte Zeitungsnummern: 7 637 207 (7 217 456). Telegramme: ausgegebene: 120 205 (110 362), eingegangene: 116 095 (108 900). Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Ergebnisse des Jahres 1891.

Aus der Provinz Posen.

× **Schneidemühl, 27. Nov.** [Vom artesischen Brunnen.] Heute Morgen ist mit der Zuschüttung des Unglücksbrunnens nach dem Projekte des Oberbergshauptmanns Freund aus Berlin begonnen und daran mit 50 Arbeitskräften den ganzen Tag über ununterbrochen gearbeitet worden. Die Schüttung hat bereits eine Höhe von zwei Metern erreicht, aber dennoch bringt das Wasser der Quellen durch, und dürfte die Hoffnung, durch das Freund'sche Projekt die Brunnentatsamkeit beseitigen zu können, gescheitert sein. Der Wasseraufstieg ist jedoch bedeutend geringer als bisher und beträgt nach oberflächlicher Schätzung kaum 30 Liter in der Minute. Das Wasser ist klar, wie es bereits durch den Brunnen-techniker Beyer hergestellt worden war. Eine aus 18 Arbeitern bestehende Kolonne soll die Nachschüttungen bis 2 Uhr Nachts fortsetzen.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

g. **Breslau, 27. Nov.** [Mordversuch.] Der Paradiesstraße 9 wohnende Zimmermeister Adolf Münzer ist heute Nachmittag das Opfer eines rohen Attentates geworden, zum Glück aber mit dem Leben davongekommen. Mittags kurz vor 2 Uhr fand sich in der Wohnung des Zimmermeisters der 48 Jahre alte Zimmergeselle Heinrich Duldert ein und forderte in barschem Tone Arbeit. Als ihm nicht gleich genügende Antwort wurde, zog er plötzlich ein Terzerol hervor und drang auf den erschreckt zurückweichenden Münzer ein. Duldert ließ jedoch von seinem Vorhaben nicht ab, stürzte sich vielmehr auf Münzer und schlug mit dem Griff des Terzerols auf ihn ein. Münzer brach blutüberströmt mit einem lauten Aufschrei zusammen. Duldert warf nun das Terzerol weg und ergriff die Flucht. Das auf den Hilfescrei ihres Herrn herbeigeeilte Dienstmädchen mußte ihm, um sich nicht der Gefahr auszuliefern, niedergeknien zu werden, den Weg frei geben, denn Duldert schwang über seinem Haupt ein Messer. Ein herbeigelaufener Arzt verband den aus drei schweren Wunden blutenden Münzer. Bald traf auch der Polizeikommissarius G. am Orte der That ein und beschlagnahmte zunächst das Terzerol, welches gefunden war. Duldert fand sich bereits um 2 1/2 Uhr in der im Polizeipräsidium gelegenen Wache ein und gab an, daß er soeben, den Zimmermeister Münzer erschlagen habe. Er wurde so lange zurückgehalten, bis die Wahrheit seiner Aussagen festgestellt worden war, dann erfolgte seine Festnahme. Duldert ist bereits wegen Bedrohung vorbestraft.

Telegraphische Nachrichten.

Rom, 26. Nov. Heute Abend 6 Uhr versammelten sich etwa 100 dem Arbeiterstande angehörige Manifestanten vor dem Palast der Deputirten-Kammer und verhielten unter den Rufen: „Nieder mit den Dieben, nieder mit den Missethättern!“ in das Palais einzudringen. Die Polizei zerstreute die Menge und nahm einige Verhaftungen vor. Die Manifestanten versuchten sodann nochmals, vor dem Telegraphenamt sich zu sammeln, wurden jedoch auseinander getrieben.

Rom, 27. Nov. In parlamentarischen Kreisen verlautet gerüchtwiese, daß der König mit Zanardelli konferiren und ihm den Auftrag geben werde, ein Kabinet zu bilden.

Petersburg, 27. Nov. Der vorläufige Kasienbericht über die Reichseinnahmen und Reichsausgaben vom 1. Januar d. J. bis 1. September d. J. weist an ordentlichen Einnahmen 572 431 000 Rubel gegen 534 479 000 Rubel im gleichen Zeitraum des Vorjahres auf, an außerordentlichen 100 114 000 Rubel gegen 172 780 000 Rubel; die Gesamteinnahmen betrugen in derselben Zeit 672 545 000 Rubel gegen 645 020 000 Rubel im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Paris, 27. Nov. Die gemäßigt konservativen Blätter geben ihrer Verstimmlung darüber Ausdruck, daß Präsident Carnot, der bereits vor mehreren Wochen der Ansicht Dupuy's entgegen für die Beibehaltung der radikalen Kabinettsmitglieder eingetreten, abermals ein Concentrations-Ministerium zu bilden und damit die Aera der Schwankungen fortzusetzen veruche. Der „Figaro“ meint, Carnot gefährde dadurch ernstlich seine Wiederwahl.

London, 27. Nov. [Unterhaus.] Der Parlamentssekretär des Auswärtigen Grey erklärte, daß die Regierung den Anlauf von Vennos von der Türkei nicht in Aussicht genommen habe. Eine derartige Proposition würde nicht nur mit der Türkei sondern auch mit den europäischen Großmächten ernste Fragen aufwerfen. — Der dritte Paragraph der Distriktsratsbill wurde angenommen.

London, 27. Nov. Nach einer Meldung der „Times“ aus Teheran sollen bei dem Erdbeben in Kasan 12 000 Personen und 50 000 Stück Vieh umgekommen sein. 2000 Seelen sollen noch unter den Trümmern liegen. Die Erderstütterungen dauern fort.

Madrid, 27. Nov. Der Minister des Auswärtigen Moret hat in einer Unterredung erklärt, die Abreise von Martinez Campos nach Marokko ändere in keiner Weise die Beziehungen Spaniens zu dem Sultan von Marokko. Das Kabinet vertrete die Ansicht der Aufrechterhaltung des politischen und territorialen Status quo in Marokko, verzichte aber nicht darauf, mit dem Sultan über die Gewährung einer Genugthuung weiter zu verhandeln.

Washington, 27. Nov. Der jährliche Finanzbericht weist für das am 30. Juni 1893 abgelaufene Etatsjahr auf an ordentlichen Einnahmen 335 820 000 Dollars, mithin mehr 30 881 000 Dollars gegen das Vorjahr; die ordentlichen Ausgaben betrugen 333 477 000 Dollars, also 38 454 000 Dollars mehr als im Vorjahre; die Gesamteinnahmen betrugen 732 871 000 Dollars, die Gesamtausgaben 773 007 000 Dollars.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pol. Stg.“
Berlin, 28. November, Morgens.

Der preussische Etat für 1894/95 weist der „Nat.-Stg.“ zufolge ein Defizit von 70 Millionen auf, welches jedoch auf 35 Millionen herabgemindert wird, insofern der Reichstag die Kosten der Heeresverfärfung durch eine Vermehrung der Reichseinnahmen, anstatt durch Einsetzung der Matrikularbeiträge erhalten könnte.

Aus Wien wird der „Voss. Stg.“ gemeldet:

Im Hörsaal des Professors für Geburtshilfe, Schauta, fanden für mündliche Kundgebungen statt, weil Schauta bisher bei den Prüfungen zwei Drittel der Studenten durchfallen ließ. Schauta sollte heute nach mehrtägigem Unwohlsein die Vorlesungen wieder aufnehmen, kam aber nicht. Die Studenten empfingen seinen Assistenten mit den Rufen: „Pereat Schauta“. Die Vorlesungen Schautas werden in der nächsten Zeit ausfallen.

Aus Rom wird gemeldet:

Cavalotti kündigt eine Interpellation über das Verhalten der Nationalbank an. Nach der gegen die Banken gerichteten Anklage, heißt es in der Interpellation, ist es Thatsache, daß die Nationalbank, als bei den Bankrevisionen im Jahre 1889 die Banca romana sich in arger Klemme befunden, derselben mit 10 Mill. ausgeholfen hat.

Marktberichte.

Bromberg, 27. Nov. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 130—135 M., geringe Qualität 125—129 M. — Roggen 112—117 M., geringe Qualität 108—111 M. Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. Erbsen, Futter- 135—145 M., Roßerbsen 155—165 M., Hafer 152—162 M.

Meteorologische Beobachtungen an Posen im November 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm: 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. t. Cels. Beob.
27. Nachm. 2	756.4	NW stark	bedeckt ¹⁾	+ 1.1
27. Abends 9	763.2	NW stark	bedeckt ²⁾	— 0.5
28. Morgs. 7	761.8	SW frisch	bedeckt	— 1.5

¹⁾ Vormittags Schnee. ²⁾ Um 8 Uhr schwacher Schneefall.

Niederschlagshöhe in mm am 27. Nov. Mittags 2 Uhr: 1.5

Am 27. Nov. Wärme-Maximum +5.7° Cels.

Am 27. = Wärme-Minimum —0.5° „

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin, 27. Nov. [Zur Börse.]** Die „Nat.-Stg.“ berichtet: Für Wien gibt es keine Ministerkrise, die doch wohl verdienten, an den Börsen Beachtung zu finden. Dort gilt es nur, die Ehre des Kreditaktien-Kurses zu wahren und mit ihrer Höhe das Wohlbedinden der österreichisch-ungarischen Situation, vielleicht auch damit die Möglichkeit einer baldigen lebhafteren Thätigkeit für die Valutaregulierung zu signalisiren. Die Wiener Blätter sprechen in ihren Wochenberichten wieder in dem Tone der besten Hoffnung für die Ausgabe einer Goldanleihe, obgleich das Rothschildkonfortium noch zusammen 52 Millionen Goldrente im Portefeuille hat, für deren Unterkunft es doch zuerst sorgen muß. Aber darüber geht man mit einem Sprung der Gedanken hinweg. Hier wurden Kreditaktien, aber auch diese allein in die Höhe gesetzt, angeblich auf Exekutionskäufe für eine hiesige kleine Firma und auf Selbstexekutionen verschiedener outsiders. Die heute stattfindende Brämienerklärung dürfte auch mehr oder weniger zur Festigkeit beitragen haben, da auf viele Stellen und Rückprämien, namentlich in Kreditaktien, Dedungen erforderlich wurden. Diese Bewegung fand im Gegensatz zu der Kursentwicklung der hiesigen Banken, die nur einen schleppenden Anschluß an die Hebung des Kredit-Aktien-Kurses zeigten. Nehmen wir noch Merxianer hinzu, wofür die Nachricht von dem Abschluß einer Anleihe unter Mitwirkung Londoner Häuser wirkte, so ist der Preis der lebhafter gebandelten Papiere abgeschlossen. Die Tendenz zeigte im Allgemeinen keine ausgeprägte Färbung. Man nimmt hier immerhin Rücksicht auf die Minister-Veränderungen in Rom, Paris und Madrid, die doch jedenfalls die entsprechenden Geldmärkte einigermaßen berühren dürften. Der heutige Bankausweis wurde günstig beurtheilt und erwirkte mäßigend auf den Privatdiskont. Die Montanwerte konnten etwas von der allgemeinen Festigkeit profitieren. Auch hier befanden sich Wiener Einflüsse, da für Wiener Rechnung heute Harpener gekauft wurden. Im Großen und Ganzen wollte aber weder für Eisen- noch Kohlenverthe eine fremdbliche Stimmung aufkommen, da man befürchtet, daß die trostlose Lage der Eisenindustrie noch längere Zeit andauern kann und nicht ohne Rückwirkung auch auf den Kohlenmarkt bleiben kann.

Druck und Bindung der Aufgabensammlung von W. Deder u. Co. (W. Köfeler) in Wien